



Haushalts- und Finanzausschuss

5. Sitzung (nichtöffentlich)

26. Oktober 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.15 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/150

1

Vorlagen 13/71 bis 13/81, 13/84 und 13/85 (Ergebnisvermerke der Bericht-
erstattegespräche)

Vorlagen 13/168, 13/176, 13/178, 13/180, 13/191, 13/197, 13/200, 13/202 und 13/203

Zweiter Beratungsdurchgang und Auswertung der Ergebnisse der Berichterstattegespräche

Der Ausschuss bestätigt einstimmig die in den Berichterstattegesprächen erteilten Aufträge und wertet im Rahmen des Zweiten Beratungsdurchgangs die bisher vorliegenden Ergebnisvermerke aus.

2 Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW" und zum Erlass personalvertretungsrechtlicher Regelungen

Gesetzentwurf der Landesregierung

3

Drucksache 13/189

Erster Beratungsdurchgang

Im Hinblick auf die heute Nachmittag stattfindende Anhörung kommt es zu keiner inhaltlichen Aussprache.

3 Neuordnung der Zollverwaltung in Nordrhein-Westfalen

4

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht durch Minister Peer Steinbrück (FM)

4

- Aussprache

5

4 Eckpunkte des Bundesfinanzministeriums zum Länderfinanzausgleich 6

Vorlage 13/175

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht durch Minister Peer Steinbrück (FM) 6

- Aussprache 7

5 Zahlungen der Philipp Holzmann AG an die WestLB 8

Bericht des Finanzministeriums

Minister Peer Steinbrück erstattet einen kurzen Bericht und antwortet, soweit es seine Pflicht zur Vertraulichkeit zulässt, auf die sich ergebenden Fragen.

6 Belastung der Länderhaushalte durch Entfernungspauschale und Heizkostenzuschuss 11

Bericht des Finanzministeriums

Der Ausschuss nimmt einen kurzen Bericht des Finanzministers entgegen.

7 Besoldungs- und Versorgungserhöhung 2000 und 2001 12

Bericht des Finanzministeriums

Minister Peer Steinbrück (FM) berichtet dem Ausschuss und sagt im Rahmen der anschließenden Aussprache zu, einen Vergleich der Steigerungen der Erwerbseinkommen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst vorzulegen.

8 Verschiedenes

- | | | |
|----|---|----|
| a) | Urteil gegen einen Wuppertaler Sparkassenmitarbeiter | 15 |
| b) | Flüge von WestLB-Vorstandsmitgliedern | 16 |
| c) | Abgabe von Steuerstrafsachen an die Staatsanwaltschaften | 17 |
| d) | Auflösung nordrhein-westfälischer Bundeswehr-Standorte | 18 |

gung zu stellen. Wenn die Einnahmen aus dem Fußballtoto dafür nicht ausreichen, müsse ein Ausgleich aus allgemeinen Deckungsmitteln erfolgen.

Ob das auf die Trabrennvereine genauso zutreffe, möchte **Vorsitzender Volkmar Klein** wissen. - Das sei leider nicht der Fall, entgegnet **Minister Peer Steinbrück (FM)**. Die finanziellen Sorgen der Trabrennvereine resultierten aus einer anderen Problematik, nämlich aus einem Finanzgerichtsurteil zur Abgrenzung zwischen den gemeinnützigen und den kommerziell ausgerichteten Aktivitäten dieser Vereine, das Folgen für die Abzugsfähigkeit bestimmter Beträge habe. Er sei gerne bereit, an den Bemühungen mitzuwirken, dass es nicht zu Nachteilen für die Vereine komme. Mit einem Kompensationsmechanismus im Zusammenhang mit der Oddset-Wette habe das aber nichts zu tun.

Im Anschluss an die Einzelberatungen bittet **Finanzminister Peer Steinbrück** den Ausschuss, im Nachtragshaushalt noch eine Ausgabenposition auszubringen: Um zu einer datengestützten Steuerabrechnung zu kommen, die erhebliche Rationalisierungspotenziale erschließen werde, hätten sich die Länder auf der Finanzministerkonferenz soeben verabredet, zum 1. Januar 2001 eine "FISCUS GmbH" zu gründen. Das Land wolle Gesellschafter werden und müsse deshalb einen Gesellschaftsanteil von 4.000 DM einzahlen, wofür es bisher noch keinen Haushaltsansatz gebe.

MDgt Dr. Berg (FM) macht noch darauf aufmerksam, dass in der dem Entwurf des Nachtragshaushaltsplans beigefügten Haushaltsübersicht die Schlusssummen der Einzelpläne 14 und 15 falsch wiedergegeben seien. Die korrekte Haushaltsübersicht sei als Anlage 4 zur Vorlage 13/203 soeben verteilt worden. Er bitte, die Schlusssummen zu korrigieren; am Etatvolumen ändere sich dadurch nichts.

2 **Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW" und zum Erlass personalvertretungsrechtlicher Regelungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/189

Erster Beratungsdurchgang

Vorsitzender Volkmar Klein führt aus, er habe nach der Sondersitzung vom 28. September, in der die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am heutigen Nachmittag beschlossen worden sei, das Einladungsschreiben an die Sachverständigen und den Fragenkatalog den Ausschussmitgliedern als Vorlage 13/126 zugeleitet.

Im Anschluss daran habe der Landesverband der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft gebeten, auch zu der Anhörung eingeladen zu werden. Nach Abstimmung mit allen Fraktionen sei das ebenso geschehen wie die nachträgliche Einladung von LMR von Gaertner aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz.

Er werde diesen Tagesordnungspunkt zur Auswertung der Anhörung am 23. November wieder aufrufen. Im Hinblick auf die kurze zur Verfügung stehende Zeit wäre er dankbar, wenn die Landesregierung ihre Auswertung der Ergebnisse der Anhörung bereits zum 10. November vorlegen könne. - **Minister Peer Steinbrück (FM)** sagt dies zu.

Aus dem Ausschuss ergeben sich keine Wortmeldungen.

3 Neuordnung der Zollverwaltung in Nordrhein-Westfalen

Bericht des Finanzministeriums

Vorsitzender Volkmar Klein erläutert, die CDU-Fraktion habe diesen Tagesordnungspunkt beantragt und das Finanzministerium um Auskunft gebeten, welche Maßnahmen das Bundesfinanzministerium zur Umorganisation der Zollverwaltung beabsichtige und wie die Position der Landesregierung dazu aussehe.

Minister Peer Steinbrück (FM) trägt vor:

Das Bundesfinanzministerium hat am 17. Oktober 2000 ein Grobkonzept seines Projektes "Strukturentwicklung der Bundesfinanzverwaltung" vorgelegt. Es hat die Länder vorher nicht beteiligt. Das sage ich ohne Unterton, weil es keine Beteiligungsrechte der Länder im Hinblick auf die Neuordnung der Zollverwaltung gibt.

Die wesentlichen Teile dieses Grobkonzeptes laufen auf eine Reduzierung der Zahl der Hauptzollämter in der Bundesrepublik Deutschland von 84 auf 43 und der Zollämter von 388 um ungefähr ein Drittel hinaus.

Es geht weiter um die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung durch Aufstockung des Personals um 700 Arbeitskräfte im Jahre 2000 und 700 Arbeitskräfte im Jahre 2001.

Es geht sodann um eine Reduzierung der 21 Zollfahndungsämter mit einer ganzen Reihe von Außenstellen.

Es geht auch um die Verlagerung der Bundesfinanzakademie als selbstständige Einrichtung nach Münster - das ist aus nordrhein-westfälischer Sicht sehr begrüßenswert - und um die Auflösung von Zollschulen und Zolllernanstalten an anderer Stelle.

Die Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen lassen sich im Telegrammstil wie folgt beschreiben: 52 Standorte von Zollämtern fallen durch Zusammenlegung oder Auflö-